

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Aumelshain, Deucha, Vorsdorf, Cicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhna, Lindhardt, Pomken, Standtitz, Threna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3. —, jährlich Mk. 27. — durch die Post bezogen einsch. der Postgebühren Mk. 27.50. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezogener keinen Anspruch auf Vierterung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6 gespaltene Korpuszeile 60 Pfg., auswärts 75 Pfg. Amtlicher Teil Mk. 1.20. Reklamezeile Mk. 1.20. Beilagegebühr pro Hunderter Mk. 2. —. Annahme der Anzeigen bis 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages. Größere noch früher. — Alle Anzeigen, Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Ausrückern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

General: Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlagsanstalt: Naunhof Nr. 2

Nummer 17

Mittwoch, den 9. Februar 1921

32. Jahrgang

Amthliches.

Mittwoch, den 9. Februar, 10 Uhr vorm.
werden auf hiesigem Güterboden

24 kg Röstkaffee

öffentlich, meistbietend, gegen Barzahlung versteigert.

Güterabt. Naunhof, am 7. Febr. 1921.

Kleine Zeitung für einige Leser.

- Die Brüsseler Sachverständigenkonferenz findet erst nach der Londoner Besprechung statt.
- Das Jahr 1920 schließt für die Stadt Berlin mit einem Defizit von dreihundert Millionen Mark ab.
- Frankreich und Polen haben ein gegen Deutschland gerichtetes militärisches Abkommen geschlossen.

Vorsicht!

Die Antwort auf die einmütige Rundgebung des Deutschen Reichstages, auf die entschiedene und würdige Zurückweisung der Pariser Beschlüsse durch den deutschen Außenminister Dr. Simons hat die französische Öffentlichkeit, lenkbar wie sie ist, dem britischen Ministerpräsidenten überlassen.

Man wußte, daß Lloyd George am Wochenende zweimal in Birmingham sprechen würde, und hatte daraufhin offenbar den Wink erhalten, so lange zu schweigen. Mit bewundernswürdiger Disziplin wurde diese Weisung befolgt und nun erst, nachdem das Oberhaupt der englischen Regierung das Stichwort ausgegeben hat, wird es auch von der Pariser Presse in allen Tonarten ausgesprochen. Wie immer, setzen sich auch die Birminghamer Reden des britischen Ministerpräsidenten aus Drusilität und Schamlosigkeit zusammen. Je nach Reizung laun man die eine oder die andere Seite seiner Sprechübungen mehr oder weniger auf sich wirken lassen. Wir Deutsche haben aber vor allen Dingen Veranlassung, ein scharfes Ohr zu haben für die Versuche, die eben erst wieder neu gewonnene Einheitsfront zur Abwehr der Pariser Beschlüsse von außen her zu unterwählen. Lloyd George bedient sich dazu genau der gleichen Mittel, die ihm während des Weltkrieges zur Niederzwingung unseres Kampfes herbeigeholt wurden. Mit unverkennbarer Absicht spricht er von dem Deutschland von 1914, das auch jetzt noch immer nicht der Vergangenheit anzugehören scheint. Man sage zwar, die deutschen Herrscher hätten allein den Krieg verursacht, während das deutsche Volk nicht hinter ihnen gestanden habe, aber selbst die deutschen Sozialisten hätten doch ihre Regierung während des Krieges nach Kräften unterstützt und sich gern an der Beute beteiligt, die man im Falle eines Sieges dem Feinde auferlegt hätte. Und bei den Besprechungen mit Dr. Simons könne er das unangenehme Gefühl nicht los werden, als ständen hinter diesem Namen, für den er im übrigen ein paar lobende Bemerkungen nicht verschmähte, immer noch die Männer von 1914. Flug sind nun die Pariser Blätter bei der Hand, um nun auch ihrerseits in die gleiche Kerbe zu schlagen. Sie machen die Entdeckung, daß die Reichsparteien in Deutschland von Bayern aus einen deutlich erkennbaren Druck auf Berlin ausübten im Gegensatz zu gewissen Linkelementen in Norddeutschland und in Westfalen (gemeint sind die Kommunisten), die sowohl in der Entwaffnung, als auch in der Wiederherstellungsfrage nachgeben wollten. Auf diese Weise drohe ein gefährlicher Geisteszustand in Deutschland um sich zu greifen, und man müsse befürchten, daß die Offiziere der Kontrollkommission das Opfer neuer Angriffe werden könnten, wenn die deutsche Regierung nicht einschreite, was zu tun sie nicht gewillt sei. Wie man sieht, sollen also die lieben Deutschen wieder einmal munter aufeinander gedröhrt werden, weil man gegen ihre einmütige Entschlossenheit die famosen Pariser Beschlüsse denn doch für unüberwindlich hält. Das Gerede der Männer von 1914 wird herausbesprochen, um diejenigen Deutschen, die das Ergebnis der Pariser Konferenz lebend gemacht hat, wieder zu blenden. Selbst der maßvolle und in seiner unerwartlichen Befonnenheit so ziemlich allen Deutschen gleich sympathische Dr. Simons wird in eine herabsetzende Verbindung mit dem Deutschland von 1914 gebracht, als wenn er auf dem besten Wege wäre, ein gleiches Weltverbrechen zu verursachen, wie dasjenige, um dessen Urheberhaftigkeit noch lange nicht das letzte Wort gesprochen ist.

Lloyd George und Briand haben allerdings alle Veranlassung dazu, die Hände der Männer von dem Werk ihrer Hände abzulenken. In Deutschland aber werden sie diesmal damit schwerlich Glück haben. So lange der Wahnsinn der Pariser Beschlüsse nicht von ihren Vätern preisgegeben ist, so lange wird die Einheitsfront von Herat bis Siedemann nicht wanken und nicht weichen, und wie die Unabhängigen diesmal zur deutschen Schicksalsfrage stehen, das hat der ihnen mituntergezeichnete Aufruf an die Arbeiter der Welt zur Genüge dargelegt. Trophem sollen und müssen wir auf der Hut sein, denn Lloyd George hat nicht nur in England und nicht nur in Frankreich viel zu viele willige Heber, die seinem bloßen Wink gehorchen, und wir wissen, daß er zähe genug ist, um einen Versuch immer wieder so lange zu erneuern, bis er sein Ziel erreicht hat. Ihm wäre auch damit gedient, wenn wir und, sei es im Norden, sei es im Süden, zu irdischen Unbesonnenheiten hinstreben ließen, für uns kann es leicht nur

eine Losung geben: Ruhig und fest, aber auch in unüberbrücklicher Geschlossenheit mit der Regierung zusammenzustehen, so lange diese an ihrer strikten Ablehnung der Pariser Beschlüsse festhält. Das ist der einzige Weg, diese schwerste Unheil von uns abzuwenden.

Vollste Einigkeit!

Die Ministerkonferenz in Berlin.

Unter dem Vorsitz des Reichkanzlers fand in Berlin eine Besprechung der Staats- und Ministerpräsidenten mit dem Reichskabinett über die durch die Note vom 29. vorigen Monats geschaffene politische Lage statt.

Der Minister des Auswärtigen gab einleitend eine Übersicht über den Inhalt und die Bedeutung der Ententeforderungen und über die Stellung und die weiteren Absichten des Reichskabinetts. Der Reichswirtschaftsminister ergänzte diese Ausführungen nach der wirtschaftlichen Seite. Der Reichsminister des Innern legte die im Inland zu ergreifenden Maßnahmen dar. Sämtliche Anwesende erklärten ihr grundsätzliches Einverständnis mit der Stellungnahme des Reichskabinetts, wie sich diese aus der Reichstagsrede des Ministers des Auswärtigen ergibt.

Ferner nahm der Reichsminister des Außern Gelegenheit, mit etwa 300 Vertretern der deutschen Gewerkschaften über die durch die Pariser Beschlüsse geschaffene Lage sich auszusprechen. Der Minister beantwortete im Laufe der Aussprache eine Reihe von Fragen, die ihm aus der Versammlung vorgelegt wurden. Es ergab sich dabei vollkommene Übereinstimmung der Vertreter der Gewerkschaften mit dem von der Regierung eingenommenen Standpunkt.

Lloyd George droht.

In einer in Birmingham gehaltenen Rede erklärte Lloyd George u. a.: Alle Völker der Welt litten unter dem Niedergang des Handels. Man könne nicht mehr auf den Wechselkurs zählen, der fortgesetzten Schwankungen unterworfen sei und stabilisiert werden müsse. Er glaube, Deutschland mache keine Anstrengungen, um zu einer derartigen Stabilisierung zu gelangen. Deutschland sei eine starke und mächtige Nation. Es müsse bezahlen. Wenn seine Mark nur einen Penny wert sei, dann müsse man sie für einen Penny berechnen. Er glaube aber, daß die deutsche Mark ein wenig tiefer stehe, als es sein dürfte. Wenn erst die Entschädigungssumme festgelegt sei, werde die Mark etwas weniger schlecht stehen. Wenn er demnächst Reichsminister Simons in London sehen werde, werde er ihm bemerken, daß Deutschland keine wirklichen Anstrengungen mache, um zu bezahlen. England habe schlimmere Stunden erlebt, und es sei ihrer Herr geworden. Es werde den gegenwärtigen Schwierigkeiten mit derselben Entschlossenheit gegenüberzutreten. Es könne sie bekämpfen, wenn die Einigkeit unter allen Engländern fortbestehe.

Amerika gegen Deutschlands Vernichtung.

Der frühere Einseitiger der demokratischen Partei im amerikanischen Senat, James Hamilton Lewis, erklärte, daß die amerikanischen Geschäftsmänner der Regierung dabei helfen müßten, die Vernichtung Deutschlands zu verhindern, denn dies wäre der Anfang vom Ende des amerikanischen Handels. Die auf der Pariser Konferenz vorgeschlagenen Vereinbarungen für die Entschädigungszahlungen würden die Zentralmächte hindern, irgendeine wirtschaftliche Hilfe in Amerika zu erhalten, und sie weiter daran hindern, Handel mit Amerika zu treiben. Die Summe und die Zahlungsmethode sei nur festgelegt worden, um Deutschland in die Unmöglichkeit zu versetzen, Hilfe von anderen als von den Gläubigernstaaten zu erhalten, das dürften die Vereinigten Staaten nicht zulassen.

Polnisch-französisches Bündnis.

Gehe gegen Deutschland.

Aus Paris wird gemeldet, der Hauptzweck der Reise Pilsudskis sei gewesen, die Abstimmung in Oberschlesien zugunsten Polens zu beeinflussen und gleichzeitig in dieser Frage einen Druck auf England auszuüben. Der polnische Außenminister wußte darzulegen, daß deutsche Agenten in Oberschlesien erzählten, wenn Polen allein stände, würde es unter seinen finanziellen und militärischen Lasten zusammenbrechen. Es wäre daher für die Oberschlesier besser, bei Deutschland zu bleiben, als sich Polen anzuschließen. Aus diesem Grunde müsse noch vor der Abstimmung in Oberschlesien öffentlich bekanntgegeben werden, daß Frankreich Polen wirtschaftlich und militärisch unterstützen wolle. Man hat jedoch keinerlei feste Verträge abgeschlossen, sondern man begnügte sich mit einer diplomatischen Note, die veröffentlicht wurde. Frankreich wünscht erst das Ergebnis der Abstimmung und die neuen Grenzen Polens zu kennen, bevor es sich zum Abschluß einer militärischen Allianz bereit findet. Außerdem hat Frankreich auch die militärische Unterstützung nicht unter allen Umständen zugesprochen. Im Falle eines ungarisch-polnischen oder tschechoslowakischen Krieges würde es sich jeder Unterstützung enthalten. Sollte Deutschland einen Angriff auf Polen unternehmen oder einen russischen Angriff auf Polen unterstützen, würde Frankreich militärische Hilfe leisten. Würde Polen von den Bolschewisten allein angegriffen, dann würde Frankreich keinen Soldaten ins Feld senden, sondern nur Offiziere und Kriegsmaterial, und die französische Flotte hätte die Aufgabe, die Verbindungen über Danzig freizuhalten.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Verchiebung der Brüsseler Konferenz.

Es steht nunmehr fest, daß die Brüsseler Finanzkonferenz erst nach der Londoner Konferenz stattfinden wird. Die Arbeiten der autorisierten Sachverständigen sind einstweilen eingestellt worden.

Kein Sonderfriedensangebot.

„Chicago Tribune“ und „New York Herald“ lassen sich melden, daß die deutsche Regierung durch den amerikanischen Geschäftsträger in Berlin der amerikanischen Regierung das Angebot eines Sonderfriedens gemacht habe. Diese Meldung ist frei erfunden. Es ist ohne weiteres klar, daß die deutsche Regierung ein solches Angebot nicht machen konnte, weil die Wilsonsche Präsidentschaft am 4. März zu Ende geht und gar nicht in der Lage wäre, einem etwaigen Angebot näherzutreten, ganz abgesehen davon, daß Wilson persönlich für den Versailler Vertrag eintritt, an dem er mitgewirkt hat.

Die deutsche Presse an Oberschlesien.

Der Gesamtvorstand des Reichsverbandes hat zu Gunsten Oberschlesiens eine Entschiedenheit angenommen, in der es heißt: „Seit vielen Jahrzehnten ist Oberschlesien deutsches Land. Durch deutsche Arbeit, durch deutschen Siedler- und Gewerbesinn hat das obergeschlesische Volk die Seanungen einer höheren Zivilisation und stärkeren wirtschaftlichen Auffschwung empfangen. Der Versailler Frieden hat bewirkt, daß mitten in friedlicher Arbeit durch einen rücksichtslosen Kampf gegen die deutsche Nationalität-Zwietracht unter der obergeschlesischen Bevölkerung entfacht wurde. Die Vobenschätze Oberschlesiens kommen der gesamten Weltwirtschaft zugute; und der Staat, der sie besitzt, hat das Mandat ihrer pfleglichen Verwendung und größtmöglichen Verwertung. Dafür aber bietet nur Deutschland und nimmermehr Polen die Gewähr. Die deutsche Presse hat in einheitlicher Front ohne Unterschied der Partei das Ringen der Oberschlesier um die Erhaltung ihrer Heimat beim deutschen Vaterlande, um die Rettung deutscher Kultur und deutschen Gewerbesinn vor drohendem Untergang mit wärmster Anteilnahme unterstützt. Sie wird es weiterhin tun, damit der Tag der Entschcheidung sich zu einem überwältigenden Siege obergeschlesisch-deutscher Kultur und Gestitung gegen polnische Begehrlichkeit und Unkultur gestaltet.“

Internationale Elbe-Konferenz.

Die Internationale Elbe-Konferenz, die noch immer in Dresden tagt, verhandelte in den letzten Tagen über die Föhnenbung, über Bauten und Abgaben. Ferner fand eine Besprechung darüber statt, welche Schiffspapier für die Elbe-Schiffahrt gefordert werden sollen. Unter Zuziehung von Zollschlichtern wurden sämtliche Zollfragen durchgelprochen.

Auflösung des Landesökonomikollégiums.

Das preussische Staatsministerium hat beschlossen, das Landesökonomikollégium aufzulösen, ebenso die Preussische Landwirtschaftskammer wegen der bekannten Vorgänge am 27. Januar, wo der Vorsitzende der Kammer eine Qualifikation für den früheren Kaiser darbrachte.

Ungarn.

Die Entente gegen die Habsburger. Der englische Oberkommissar Hobbler erklärte, daß anlässlich einer gemeinsamen Beratung der Ententeminister in London der einheitliche Standpunkt der gesamten Entente in der ungarischen Königsfrage dahin festgelegt worden sei, daß die Entente unter keinen Umständen die Rückkehr der Dynastie Habsburg auf den ungarischen Thron gestatten könne. Diese Frage wird überhaupt nicht als eine ausschließlich innerpolitische Angelegenheit Ungarns, sondern als ein höchwichtiges außenpolitisches Problem betrachtet. Hobbler erklärte weiter, daß die Entente im übrigen der ungarischen inneren Politik gleichgültig gegenüberstehe.

Griechenland.

Das neue griechische Kabinett. Nach Beratungen mit den Parteiführern beauftragte der König den Finanzminister Kalogeropoulos mit der Bildung des Kabinetts. Nachdem Kalogeropoulos angenommen hatte, legte er dem König die Ministerliste vor. Er selber übernimmt dabei die auswärtige Politik. Sämtliche gewesenen Minister mit Ausnahme von Kallais verbleiben in ihren Ämtern. Protospapadakis übernimmt die Finanzen, Theotoki die Marine. Beide sind Sunarlisten.

Türkei.

Neuzeitliche Bedingungen. Mustafa Kemal Pascha hat die Bedingungen, die er hinsichtlich der Londoner Konferenz in Konstantinopel stellen will, wie folgt formuliert: Der Sultan wird ein Trade veröffentlichen, durch das er die Regierung von Angora anerkennt. Der Sultan wird in Konstantinopel verbleiben, die Regierung provisorisch in Angora. Das Konstantinopeler Kabinett wird aufgelöst und durch einen besonderen Ausschuß, der von Angora akkreditiert wird, ersetzt. Angora garantiert die Zahlung der Apanage des Sultans und der kaiserlichen Familie und der Gehälter der Beamten.

Amerika.

Kein Geld mehr für die Entente. Senator Nelson,

Vorsitzender des Ausschusses des Senats, hat erklärt, die Regierung der Vereinigten Staaten habe das Schatzamt angewiesen, den allierten Mächten keine weiteren Darlehen auf ihren noch offenen Kredit zu gewähren, bis das Pariser Komitee über die Frage der fremden Anleihen in Amerika eine neue Entscheidung getroffen habe.

Russ- und Ausland.

Berlin. Die Ankündigungen in der Presse über die Vorgänge von neuen Steuern bedürfen einer Klärung insoweit, als die Reichsregierung darüber einen Beschluß noch nicht gefaßt hat.

Paris. „Humanität“ meldet, daß 13 000 Soldaten der Armee Wrangel in die Fremdenlegation eingetreten seien, und verlangt darüber Auskunft von Briand.

Kempler. Auf der dritten Jahresversammlung des Amerikanischen Arbeiterbundes ist nach heftigen Kämpfen Samuel Gompers wieder zum Präsidenten gewählt worden.

Die preussischen Wahlkreise.

Zum Wahltag am 20. Februar.

Die Bewegung für die Wahlen zur Preussischen Landesversammlung ist in vollem Gange. Alle politischen Parteien bemühen sich, ihre Anhänger zu sammeln, um möglichst günstige Resultate für ihre Listen zu erzielen. Auf unserer Abbildung ist die Einteilung der Wahlkreise



und ihre Bezeichnung, die Einwohnerzahl und die mögliche Anzahl der Abgeordneten zu sehen, falls — alle Wähler zur Urne gingen. Das ist nun nicht vorauszusetzen, obwohl man diesmal auf eine große Beteiligung hofft, da die jetzige Wahl die Entscheidung darüber bringen soll, ob die gegenwärtige Regierung Preußen erhalten bleiben, oder einer andern politischen Zusammensetzung Platz machen wird.

Zeit- und Streitfragen.

Höchstmieten oder nicht?

Der von der Regierung fertigestellte Entwurf für ein Reichsmietengesetz hat bereits einen lebhaften Meinungsaustrausch bei den beteiligten Kreisen wachgerufen, der durch die Auseinandersetzungen über die geplante Mietsteuer nicht gelindert wird. Zu den kritischen Fragen erhalten wir eine Zuschrift von einer Stelle, die sich selbst als unparteiisch bezeichnet. Wir entnehmen der Zuschrift folgende Ausführungen:

Die Entwicklung der Wohnungssituation in den letzten Jahren fordert immer dringender eine Lösung, sollen wir nicht eines Tages vor einer Katastrophe stehen. Das ist eine Binsenweisheit, und trotzdem scheint vielfach die Klarung noch nicht so weit vorgeschritten zu sein, um förmliche Demagogie auf der einen oder anderen Seite auszuschalten und fühl mit den tatsächlichen Verhältnissen zu rechnen. Als die Zwangswirtschaft für Wohnungen eingeführt wurde, geschah das aus eben so begründeten Notwendigkeiten als wie die Nationalierung und Preisbeschränkung des Brotes zu Anfang des Krieges.

In wirtschaftlichen Dingen schaltet das Verantwortungsbewußt gegenüber staatlichen und allgemeinen Erfordernissen fast stets aus, hier hört alle Gemütsfreiheit auf, hier stellt sich der Mensch „ganz allein auf sich selbst“. Das Verhalten der Zwangswirtschaft auf fast allen Gebieten, das Überhandnehmen des Schieber- und Mumpertums gegenüber den besten Beweisen. Nicht viel anders als beim Brot lag es bei den Wohnungen. Neben der dürftigen Tätigkeit ist die Erfüllung des Rufes nach einer Unterkunft vielleicht die wichtigste. Verlagte dieser Ruf, liegen die Massen mit Weib und Kind auf der Straße, so ist die Fortführung des Gemeinwesens nicht mehr möglich, die Anarchie, das Chaos muß hereinbrechen. Das ist eine längst bereits erprobte Tatsache, so daß für den Zugriff der öffentlichen Gewalt auf diesem Gebiet keine weitere Darlegung der Gründe erforderlich ist.

Nun ist rückhaltlos anzugeben, daß die Lage des Hausbesitzers, der sich, zehn- oder mehrfach gesteigerte Kosten für alle möglichen Verbindlichkeiten zu tragen hat, während er die Miete nur um 30 Prozent erhöhen darf, überaus schwierig und gerätend ist. Die Zwangswirtschaft ist — mit Recht oder Unrecht — auf den meisten Gebieten aufgehoben worden, die Preise sind insoweit herausgehoben, gleichzeitig damit die Lohnforderungen und Zinsforderungen. Für das Brot gibt das Reich ungeheure Zuschüsse, um den jetzt schon kaum erscheinbaren Preis nicht zu verdoppeln oder zu verdreifachen. An solche Zuschüsse für die Wohnungsmöglichkeit ist bei unerer trostlosen Finanzlage nicht zu denken; folglich muß der Mietpreis in Grenzen gehalten werden. Geschiede das nicht, würden stant der jetzigen Prozentigen Erhöhung gegen den Friedensstand um 200-300 % höhere Mietpreise Wirklichkeit werden, so wäre die Wirkung verheerend. Mit einem Schläge ständen wir vor einer Lohn- und Gehaltsforderungsrevolution, wie wir sie noch nicht erlebt haben. Mit großer Wahrscheinlichkeit dürfte sie in kurzer Zeit den vollständigen Zusammenbruch herbeiführen. Dieses Erkenntnis kann bei allem Verständnis für die Not der gequälten Hausbesitzer nicht außer acht gelassen werden.

Aber noch eine andere Seite der Angelegenheit ist von Bedeutung. Die lautesten Klagen für die Hausbesitzer erschallen aus den Großstädten; in kleineren Städten ist das Echo geringer, auf dem Lande weiß man wenig vom Wohnungsnot und Hausbesitzerleid. Dabei bleibt es merkwürdig, daß es in der Großstadt eigentlich gar keine Hausbesitzer gibt. Bis auf wenige und verschwindend geringe

Grundstücke ist der großstädtische Besitz an Boden und Bauten in Händen des Hypothekens- und Bankkapitals. Der sogenannte Hausbesitzer ist nur ein Verwalter gegen Entlohnung. In das anständige und solide Kapital aber schlägt sich das Spekulantentum, das die Häuser, die Wohnungen und die Wohnungsnot seit jeder als Objekte für seine rücksichtslose Profitgier betrachtet. Dieses Spekulantentum und Schieberentum mit seiner in den Großstädten begründeten, in die Mittel- und Kleinstädte ausstrahlenden Oberherrschaft hat mit dem soliden und anständigen Hausbesitzer nichts zu tun. Aber seine wilden Ausnutzungsinstitute bedecken sich mit der falschen Floskel in höchst gerissenem Weise. Wenn heute in ganz Deutschland die Mieterbewegung so starke Wellen wirft, wenn die schon zu Friedenszeiten gefährlich übertriebene Steigerung der Bodenrente jetzt ins Phantastische wächst und bei völliger Freigabe der Mietpreise, so trägt die als Schädling am wirtschaftlichen Leben längst erkannte Gesellschaft den größten Teil der Schuld.

Ob wir zu einer Zeit kommen werden, in der die Schlaf- und Wohnstätte, das natürliche Recht des Menschen, nicht mehr ein Gegenstand der materiellen Spekulation sein wird, läßt sich nicht absehen. Im gegenwärtigen Augenblick sollten Mieter und Hausbesitzer lebenslang verbunden, zusammenzuwirken zur Abwendung der Gefahren, die dem einen wie dem anderen drohen, vor allem aber zur Ausschaltung der ohne alle nationalen und gemeinnützigen Hemmungen wuchernden Boden- und Grundbesitzhalter.

Die Deutsche Volkspartei Leipzig gegen die Pariser Beschlüsse.

Nach einer Ansprache des Abgeordneten Freiherrn v. Versner haben die versammelten Vorstände, Abgeordneten und Mitglieder der Deutschen Volkspartei des Wahlkreisesverbandes Leipzig einstimmig beschlossen: „Wir treten rückhaltlos hinter die Reichsregierung und verlangen von ihr, daß, was auch kommen möge, sie den Beschlüssen der Pariser Konferenz gegenüber auf ihrem entschlossenen Nein beharrt.“

Bericht über die öffentliche Versammlung der U. S. P.

Die vom Ortsverein der U. S. P. am vergangenen Freitag abgehaltenen, gut besuchte öffentliche Versammlung wurde vom Vorsitzenden mit einigen einleitenden Worten eröffnet, worauf dem Referenten, dem Bundtagsabgeordneten H. Drennhardt zu seinem Vortrag über „Wohnungs- und Kleinrentenwesen“ das Wort erteilt wurde.

In einem ca. 1 1/2 stündigen sesselnden Vortrag führte derselbe u. a. ungefähr folgendes aus: Der ca. 4 1/2 jährige Krieg mit seinen Folgen habe uns Verhältnisse geschaffen, daß wir bei weitem nicht daran denken könnten, daß die Verhältnisse wieder so werden, wie wir sie früher gehabt haben. Die kapitalistische Produktionsform habe unumkehrlich zum Krieg führen müssen. Unsere Finanzverhältnisse, die in den gegenwärtigen Tagen besonders durch den Kriegskommen, liegen nun so, daß, wenn wir unser gesamtes Deutsches Reich, mit allem was drauf und dran liegt, bis zur letzten Stednadel hingeben würden, wir immer noch eine Schuldenlast von über 100 Milliarden Goldmark hätten. Selbst nach Ansicht des Reichsfinanzministers Dr. Wirth und anderer wissenschaftlich hochgebildeten Persönlichkeiten können wir an einem Aufbau auf der alten Grundlage nicht vorwärts kommen. Dieses beziehe sich aber nicht allein auf die Wohnungsfrage, sondern auch die allgemeinen wirtschaftlichen Fragen bedürfen einer vollständigen Umgestaltung.

Die Wohnungsnot, die auch schon vor dem Krieg, namentlich in den Großstädten vorhanden gewesen wäre, habe ihre Ursache im Grund- und Bodenwucher. Die Bevölkerungszunahme habe schon vor dem Krieg 800-900 Tausend Köpfe pro Jahr betragen und haben schon damals 20000 Wohnungen gefehlt. Während der Dauer des Krieges wurde nun die Wohnungsfrage vollständig unterbunden. Die im Verlauf des Krieges wurden lediglich im Dienste der Kriegsmaschinen beschäftigt. Die Preise für Baustoffe erstiegen im Verlauf des Krieges eine ungeheure Höhe. Die Militärverwaltung zahlte, um Anreiz zu geben, eben diesen Preis. Dieses habe zum Unruhigen Wucher mit allen Baustoffen, wie Zement, Holz, Zement, Eisen u. i. w. geführt. So wäre es vielfach vorgekommen, daß man Zement abbrennen, um die alten Steine zu gewinnen und für diese höhere Preise erzielen, als was ursprünglich der ganze Bau gekostet habe. Als besonders drastisches Beispiel führte derselbe an, daß man „Kustandsgement“ aus Ebnern bezogen habe, wo gar keine Zementindustrie vorhanden wäre. Aber auch die Regierung sei an diesem Wucher mitschuldig, was sich daraus erkläre, daß in den höheren Regierungen und den einzelnen Ressorts, Angehörige der kapitalistischen Gesellschaften seien. Die Baustoffe hätten unbedingt beschlagnahmt werden müssen. So aber sei die Regierung selbst als Befehlshaber mit beteiligt, namentlich in Holz, oder sind es etwa die Ebbene der Waldarbeiter, welche die hohen Holzpreise aus den Staatsforsten rechtfertigen?

Seute werden nun rund 1 Million Wohnungen für die Wohnungslosen gebraucht, zu welcher noch ein Zufluß von 3 1/2, hätte, wolle man den normalen Stand vor dem Krieg erreichen. Die Reichsregierung habe 400 Millionen und die künftige Regierung neuerdings wieder 55 Millionen als Zuschüsse bereit gestellt, die aus den Steuererträgen der Allgemeinheit gezogen würden. Wenn aber nun die Entwicklung des Bauwerts nur unter Zuschüssen der Allgemeinheit aufrecht erhalten werden kann, dann sei der Zeitpunkt gekommen, wo diese auf Grund der Allgemeinheit gewonnenen Profite, auch der Allgemeinheit wieder zu gute kommen müssen. Deshalb verlangen wir als Sozialdemokraten die Umgestaltung der kapitalistischen Produktionsform in die sozialistische, unter Ausschluß des gesamten Unternehmertums. Wenn wir nun aus der Mieters der Wohnungsnot heraus kommen wollen, müssen wir zu Regierungen der Gemeinden übergeben. Nicht durch die Gemeinde, denn dazu sei die gegenwärtige Bürokratie derselben nicht geeignet, sondern auf neuer technischer, kaufmännischer und wissenschaftlicher Grundlage aufgebaut.

In Strußeln bei Berlin habe man unter Leitung des Stadtbaurates Jhler, schon in den letzten Kriegsjahren damit begonnen und habe schon jetzt damit die besten Erfolge aufzuweisen. Referent habe Gelegenheit, diese Einrichtung in Augenzeugen zu nehmen, deren Vetter der angehellen Ressort nun nicht, wie vielfach angenommen, aus indifferenten Arbeitern bestehe, sondern aus der Praxis hervorgegangenen tüchtigen Fachleuten. In der wissenschaftlichen Ausbildung ist es möglich, etwa entstehende Mängel sofort festzustellen und abzumenden. Der Ausschuss bestehe ebenfalls nicht aus Arbeitern, sondern aus einer erkleunten Gruppe von Fachleuten, Stadträten u. i. w. Aber nicht allein das Bauland, sondern auch die Bekleidungsbranche, die Möbelbranche habe man dort bereits in die Hand genommen.

Es ist nun nicht die reine gesellschaftliche Volksozialisierung wie wir sie uns vorgenommen haben, aber dennoch kommen alle Gewinne der Allgemeinheit zu gute. Wenn man hier sieht, wie mit einem Grundkapital von 100 Millionen gesellschaftliche Arbeit geleistet wird, so sieht man wohl die Möglichkeit, daß in dieser Form das Wohnungswesen gefördert werden kann. Auch auf dem Erdbebensgebiet könne ebenso gearbeitet werden, und wurde seitens des Referenten, eingehend an Hand von Zahlenmaterial, auf die jetzt bestehenden Mißstände hingewiesen.

Seute stelle aber das kapitalistische Unternehmertum dieser Entwicklung den härtesten Widerstand entgegen. „Nur die Arbeit kann uns retten“ so lautet die Parole im kapitalistischen Lager. Wenn aber der Arbeiter zur Erringung seines Existenzminimums höhere Löhne fordert, dann kann die Arbeit nicht aufrecht erhalten werden, er wird rücksichtslos auf die Straße geworfen, zur Vergebung des Seeres der Ermerbslosen. Neben dieser gewaltigen Notlage auf der einen Seite, sehe man auf der anderen Seite, wie in den einzelnen Mitlinggesellschaften und großkapitalistischen Unternehmungen Kleinrenten, 20-40%, und noch höhere Dividenden erzielt werden. Diese auf Kosten der Allgemeinheit und aus der Not des Volkes gezogenen Profite, empfindlich eine Klasse von Reichtümern, ein Lappiges und behagliches Leben zu führen und sich als Parasiten und Schmarotzer am Volkeshörper zu betätigen.

Eine gewaltige Macht, als Gegner der Sozialisierung, entstehe

gegenwärtig in der Zusammenfassung der Sozialisten und Arbeiter der Großstädte in das Klassen-Kongern. Die Erringung der gesamten Rohprodukte, Kohle, Stahl und Eisen bis zum kleinsten Fertigfabrikat in einer Hand, führt zu einer Monopolstellung, deren Wirkung und Tragweite heute noch garmisch zu übersehen ist. Die Arbeiterklasse müsse erkennen, daß nur im schärfsten Kampfe gegen das Unternehmertum ausgeschaltet werden könne. Wenn sich das Verständnis und die Einsicht in den Arbeiterkreisen nicht bessert, dann kann auch der werthvollen Bevölkerung nicht geholfen werden, sondern die Verhältnisse werden sich weiter verschlechtern. Anfall nun diese wirtschaftlichen Fragen mit allen Mitteln zu heben, bekämpfe sich die Arbeiterklasse selbst und zerklümmere ihre eigenen Kampforganisationen. Aber nicht nur bei uns, sondern auch in den Siegerstaaten liegen die Verhältnisse ebenso. Deshalb sei es an der Zeit, daß die Arbeiterklasse zur Bekämpfung komme, denn nur im gemeinsamen Zusammenbruch des gesamten Proletariats auf internationaler Grundlage können wir Rettung finden. Keiner Befehl lokale den Redner.

Sächsische und lokale Mitteilungen.

Raunhof, den 6. Februar 1921.

Wertblatt für den 9. Februar.

| | | | |
|-----------------|------|---------------|------|
| Sonnenaufgang | 7:31 | Mondaufgang | 7:28 |
| Sonnenuntergang | 4:18 | Monduntergang | 6:24 |

1789 Franz Kader Cabelförerer, Begründer der deutschen Etenografie, geb. — 1834 Dichter Fritz Dahn geb. — 1881 Russischer Schriftsteller Dostojewski geb. — 19.6 Kaiser Adolf u. Knebel geb. — 1918 Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen den Mittelmächten und der Ukraine.

□ Die neuen Gütertarife. Während über die Erhöhung der Personentaxen noch eingehende Beratungen stattfinden, ist über die Frage der Erhöhung der Gütertarife bereits in gewissem Sinne eine Entscheidung gefallen. Die künftige Tariffkommission hat dieser Tage eine entsprechende Vorlage erhalten, in der eine Erhöhung der Gütertarife um 60 bis 90 Prozent zum Vorschlag gebracht wird. Die Staffeln sollen hiernach so erfolgen, daß Rohstoffe und Massengüter am wenigsten (60 Proz.) und Stückgüter, Fertigfabrikate usw. (mit 90 Proz.) am höchsten belastet werden. Diese Erhöhung würde eine Steigerung von 9 Milliarden in den Einnahmen bringen. Von anderer Seite ist dagegen eine geringere Erhöhung in Vorschlag gebracht worden, die die Erhöhungen in ähnlicher Art verteilt, jedoch nur von 50 bis 65 Prozent vorsieht. Zu diesen beiden Vorschlägen muß nun erst der Reichsfinanzminister Stellung nehmen, bevor die eigentlichen Vorarbeiten beginnen können. Lebenslang ist aber die Einführung der neuen Erhöhungen bereits zum 1. April in Aussicht genommen.

— Vortrag. Wie wir hören, hatte auch der Raunhofer Bürger-Ausschuß einen Redner über den Versailler Friedensvertrag und die neuen Pariser Bestimmungen für nächsten Sonntag gewonnen, will aber, um den Erfolg einer anderen Veranstaltung am Sonntag und den Besuch des Vortrages des Herrn Dir. Wittrich am Donnerstag nicht zu schädigen, von einem eigenen Vortragabend abzuleben. Wir hoffen, daß insolge dessen der Vortrag des Herrn Dr. Wittrich, der parteipolitisch neutral gehalten sein wird, sich eines recht starken Besuches erfreuen möge. Dringend notwendig ist es, daß sich jeder Deutsche nicht nur über die Tragweite des Versailler Vertrages und vor allem des neuen Pariser Diktates volle Klarheit verschaffe, sondern daß im ganzen Lande einmütig gegen die neuen schamhaften Bedingungen protestiert und dadurch der Regierung der Rücken für eine Ablehnung gesichert werde. Möge daraus entstehen was wolle, darüber herrscht volle Einigkeit von ganz rechts bis ganz links, daß wir diesmal nicht unterzugehen dürfen, wenn wir nicht völlig zu Grunde gehen wollen. Wir müssen uns klar sein: man will unseren politischen und wirtschaftlichen Tod; darüber können wir keine Phrasen mehr laufen. Noch einmal, ein allerletztes Mal wird dem deutschen Volke eine Gelegenheit gegeben, sein Schicksal für ein Menschenleben zu gestalten. Möge die große Stunde keine kleinmütigen Menschen finden. — Wir wiederholten nochmals unsere Bitte um einen recht zahlreichen Besuch, damit eine eindrucksvolle Kundgebung zustande kommt.

— Raunhof. Das am vergangenen Sonntagabend vom Sportverein Raunhof im Sternsaale veranstaltete Volksfest in Oberdauern bildet einen Glanzpunkt im gesellschaftlichen Leben unserer Stadt. In stimmungsvoller geschmückter Räume eine dunkle, festlich erregte Menge in prächtigen Trachten. Was alles zu einem Dorfplatz mit Volksbeulungen in der bayerischen Alpenwelt sich zusammenfinden kann, war vertreten und münzte mit mehr oder weniger Echtheit seinen Typ. Selbstverständlich überließen in dem farbenfrohen Bilde der leise Bua und das schicke Dirndl den Sportler und den Stadtrick und was sonst noch Fremdes zu Besuch war. Aber sie alle verband die gleiche ausgefallene sächsische Stimmung, der durch zwei schneidige Dorfkapellen mit toller Tanzmusik der nötige Auspuff geboten wurde. Ab und zu gab es eine interessante Unterbrechung durch vorzüglich: Darbietungen, wovon der urwüchsig „Pfeiffammer“ des Festes, Herr Dir. Otto, und seine temperamentvolle Gattin den Löwenanteil trugen. Sie stellten mit routinierter Vortragskraft die übermäßigsten Dinge auf die Beine. Von dem, was man außerdem besonders zu sehen und zu hören bekam, seien rühmlich erwähnt: ein luftiges Duell mit den unvermeidlichen Schnaderhähnen von F. S. Dietrich, ein feines Zitherkonzert in der Sennhütte, von Fr. Bohmann reizvoll gesungene Lieder und die prächtig gelungene Gruppe der Bärensänger. Wohl ging so manche Feinbrot der Vorträge in dem nicht zu bändigenden Jubel des jungen Volkes verloren und mancher Fernersiehende verstand so gar wie nichts — es gab trotzdem jauchzenden Beifall, man war ja so dankbar und so fidel. Auch das erschreckliche Signalhorn des Festleiters verdruckte nicht immer den fröhlichen Lärm zu überdecken, und die starkbeschäftigte, für Ordnung und Zuverlässigkeit festgesetzte Polizei übergab mit erleichterter Herzen, wenn auch mit einer bedauernden Träne ihr schweres Amt in vorgerückter Stunde den weitaus gewichtigeren und ernsthaften Kollegen von der Raunhofer Obrigkeit. Man trennte sich mit angelegtem Lob und Dank für die Veranstalter des schönen Abends. — Ein besonders hohes Resultat erreichte am vergangenen Sonntag die III. Mannschaft des „S. V. N.“ bei einem Gesellschaftsspiel gegen Wellin-Wurzen V. Sie konnten ihren Gegner mit einer Niederlage von 12:0 heimzuführen.

— Erhöhte Juteilung reines Weizenmehls. Das Direktorium der Reichsstärkefabrik liefert seit dem 1. November v. Js. den Kommunalverbänden auf Antrag Roggenmehl (Hausbrotmehl), das in einer Menge von 600 g auf den Kopf monatlich neben der Brotkarte zur Verteilung gelangt. Auf

Erhöhung der...
von 600 g au...
verbinden von...
preis beträgt...
Einheits- und...
häuser für be...
aus amerikan...
mehl, das zu...
reiche Hausfr...
liches, rei...
Preis zu erh...
weil sie glau...
jeiligen Wahl...
wurde. Es i...
die Haushalt...
Weise darau...
keiner Weise...
+ Kein...
sische Landes...
weilung von...
Millionen für...
daß die bewi...
zurzeit keine...
liegen. Wenn...
würden, warnt...
Es sei ausgef...
Bedarf auch...
+ Ser...
berger Buchh...
fordert, wäh...
verkaufte er...
1,90 gewohn...
von 450 Proz...
erhält er eine...
200 Tage S...
Wucherergeri...
vorhanden...
+ Das...
teilen. Aus...
eingehende Kl...
in den Richt...
bahnverwaltung...
führung des...
darauf aufmer...
roucherableim...
gestaltet ist...
nung der Scha...
und Anzeige...
Unter Umfän...
Mitteln aus...
+ Verb...
Dorte ist eine...
früher fand...
Weisheit in...
nicht bieten l...
lesen: Wissen...
reitet. Der...
die Aufklärung...
+ R...
Neuerdings...
dab das Müll...
nicht zurück...
Zuschneidung...
für jedes M...
konnte, gehört...
Vleben des...
Kindern und...
können, und...
+ S...
Nach langjähr...
sie die Turner...
schaft) zu eine...
Juli d. J. in...
säuliger Weise...
heit und Vieh...
sondern auch

„Der...
Bite.“ sagte...
Sie nicht ge...
„Es an...
er die Belid...
hätte sich g...
„Ter lich...
„Ja, me...
daher soll...
Ed erregen...
„Las...
an, es ver...
schweren...
„Gena...
um etwas...
„Got...
während lei...
„Me...
sagt, die...
„Tie...
„G...
„Z...
„Immer...
Binnen me...
jetzt der...
meine Kri...
den, und...
„Ho, da...
„T...
„Wir...
„So...
„So...
„Bei...
mit einem...

Südamerika-Zinte ist in Buenos Aires eingelaufen. Tausende von Menschen hatten sich dazu eingefunden. Nicht besagte Schlepper holten den Dampfer auf der See ab. Die Streifen aller Schiffe grühten. Auch Empfang durch Mitglieder des Außenministeriums sowie durch die Kriegsschiffe „Chaco“ und „Sarmiento“ fand statt. Truppen des Marinebataillons salutierten. Die Mannschaften des „Chaco“ fanden in Paradeausstellung an Bord. Von der „Argentina“ grühten die Seeleute mit Hurra, alle Toppen waren geslaggt.

○ **Erdbeden.** In Tehuantepec (Mexiko) fand ein Erdbeben statt, das bedeutenden Schaden anrichtete. Man nimmt an, daß viele Menschenleben zu beklagen sind.

○ Eine halbe Million erbeutet. Ein führender Banditenstreik wurde dieser Tage in Libau verübt. In der Wohnung des Geldwechslers Lande, im belebtesten Teile der Stadt, erschienen um die Mittagszeit in Abwesenheit des Wechslers vier als Polizisten verkleidete Banditen und durchsuchten die Wohnung nach falschem Geld, das angeblich von Lande verborgen sein sollte. Sie ließen alle Kostbarkeiten, die sie fanden, unberührt und bemächtigten sich nur baren Geldes. Dann begaben sich die Räuber in die Schlafstube des Landeschen Ehepaares, rissen die Laten in Streifen und festelten damit Frau Lande und vier Familienangehörige. Inzwischen erhielt die Familie Besuch von Bekannten, und auch die Neuangekommenen wurden auf diese Weise erbeutet, nachdem man ihnen die Brief-

taschen geleert hatte. Durch drohend vorgehaltene Revolver hielt man die Verängstigten in Schach. Auch Lande und seine Schwester wurden, als sie nach Hause kamen, gefesselt und ausgeplündert. Dann verschwanden die Räuber, denen etwa eine halbe Million baren Geldes in die Hände gefallen war. Die Gefesselten, zwanzig an der Zahl, befreiten sich aus ihren Banden und begaben sich auf die Polizei, um Anzeige zu erstatten.

○ **Von polnischen Banditen erschossen.** Fabian, ein bekannter oberschlesischer Fußballspieler vom Verein für Rasenspiele in Rybnowitz, ist von polnischen Banditen erschossen worden. Fabian trat vor einiger Zeit aus dem deutschen Verein aus, um Mitglied eines polnischen Sportvereins zu werden. Aber schon nach kurzer Zeit kehrte er dem Polenverein den Rücken und wurde wieder Mitglied des deutschen Vereins. Dies gab Veranlassung zu der Mordtat. Die polnischen Banditen wurden von der aufgeregten Menge beinahe getötet. Zwei von ihnen konnten zur polnischen Grenze flüchten. Zwei andere wurden schwer verletzt.

○ **Ein Bandendirektor als Geldschmuggler.** Nach einer Meldung des „Echo du Rhin“ aus Kachen ist an der deutsch-belgischen Grenze von der Grenzpolizei ein Auto angehalten worden, in dem der Direktor der Bank von Verdiers sich befand, die in Kachen eine Zweigstelle unterhält. Dabei sollen bedeutende Summen beschlagnahmt worden sein. Da außerdem die Vortiere der Reisenden

nicht in Ordnung waren, habe die deutsche Schutzpolizei den Direktor, seinen Sekretär und Chauffeur festgenommen, später aber wieder freigelassen, den Direktor aber nur gegen Stellung einer Kaution von einer Million Mark.

○ **Mord und Raubüberfall.** Der in Falkenhagen wohnende 55 Jahre alte Müller Friedrich Köpfer wurde von zwei Berliner Einbrechern ermordet und beraubt. Die hinzugekommene Frau des Köpfer wurde durch mehrere Schüsse schwer verletzt. Die beiden Mörder, denen 200 000 Mark bares Geld in die Hände gefallen waren, konnten verhaftet werden. Beide sind geständig. Es handelt sich um den 23jährigen Arbeiter Hegenau und den 18jährigen Arbeiter Walter Leppke.

○ **Vom Schwiegervater erschossen.** Der Kriminalwachmeister Krachten in Bernau lebte mit seiner jungen Frau in ständigem Ehezwist, da sie angeblich einen unläutereren Lebenswandel führte. Er geriet mit ihr in einen heftigen Streit. Der Schwiegervater des Krachten, der Schlächtermeister Eschbach, erschien, als er die heftigen Auseinandersetzungen hörte, plötzlich mit einer Pistole im Zimmer und schoß Krachten auf zwei Schritte Entfernung durch den Kopf. Krachten war sofort tot. Eschbach wurde verhaftet.

Kirchennachrichten.

Donnerstag, den 10. Febr. vorm. 10 Uhr: Passionswochenkommunion im Konfirmandensaal.

— Redaktionen: Robert Götz, Druck und Verlag Götz & Eule in Naunhof —

Sonnabend, den 12. Februar, Schluß des Räumungs-Ausverkaufs
Benutzen Sie die günstige Kaufgelegenheit!
Herm. Reifegerste, Naunhof.

Goldner Stern, Naunhof.
Schönstes und größtes Vergnügungs-Etablissement am Orte!
!! Neue Bewirtschaftung !!
Heute **Dienstag, d. 8. Februar**, von 7 Uhr an **großer öffentl. Fastnachtsball.**
Saal herrlich dekoriert. Damenwahl.
Musik von der Stadtkapelle.
Leitung: Dir. Blöhm.
Es ladet freundlichst ein **Richard Zschiesche.**

Männergesangsverein
Eingestunde
Donnerstag im Stern,
nach d. Rathaus-Versammlung.
Der Vorstand.

Persil
wäscht
schneeweiß,
ersetzt Rasenbleiche
schoht und erhält
die Wäsche,
spart Arbeit
Seife u. Kohlen.
Bestes selbsttätiges
Waschmittel
Preis Mk. 4. — das Paket
Henkel & Cie.,
Düsseldorf.

Ratskeller Naunhof.
Heute **Dienstag, den 8. Februar**
von 7 Uhr ab im festlich dekorierten Saale
Fastnachts-Ball
Rudolf Böttger.

Donnerstag,
den 10. Februar abends 1/8 Uhr im
„Ratskellersaale zu Naunhof“
Öffentlicher Vortrag
**Der Schmach- u. Schand-
frieden von Versailles.**
von Schuldirektor Max Wittrisch, Leipzig.

12.-14. Februar 10. Grosse Allgem. **Geflügel-Kaninchen- und Produkten-Ausstellung**
mit Prämierung und Verlosung
Naunhof, Gasthof „Goldner Stern“.
Eröffnung: Sonnabend vorm. 9 Uhr. — Um gütigen Zuspruch bittet G. Geflügel- u. Kaninchenzüchtereiverein Naunhof u. Umg

Kabeljau
Pfund 4.60 Mk.
grüne Seringe
Pfund 3.20 Mk. empfiehlt
Kurt Wendler.

George Roth jun.
Glas- und Kristallwaren
LEIPZIG, Neumarkt 1
vorkauft bis 15. Februar
Kristall mit 20% Rabatt
(ausschliesslich Gläser).

Voranzeige!
Forsthaus Lindhardt!
Sonnabend, den 12. Februar 1921
Bockbierfest.
Ergebenst laden dazu ein **Max Kind u. Frau.**

Preis-Liste
(Zahlen-Heizen)
Sonnabend, den 12. Februar, Anfang 7 Uhr
Sonntag, den 13. Februar, Anfang 2 1/2 Uhr
im
Feldschlößchen Borsdorf
1. Preis Mk. 150. — 2. Preis Mk. 100. — usw.
Einfach Mk. 5. —
Es ladet ergebenst ein **Max Siebert und das Komitee.**

Ehrliches Dienstmädchen
sauberes
und **Washfrau**
werden für sofort oder später
gesucht.

Goldner Stern.
12 Zimmer-Villa
in Naunhof od. Lindhardt
(ohne Wohnungslauf) gesucht.
Anzahl. bis 75 000 Mk. Kauf-
preisoff. u. Villa an d. Exp. d. Bl.

**Größerer, leerer
Raum gesucht!**
Angebote unter „U. B.“ sind in
der Exped. d. Bl. abzugeben.
Dienstmädchen übergrauen
Belzkragen
Sonnabend abend vom Stern
bis Alingaerstraße verloren.
Gegen Belohnung abzugeben.
Alingaerstraße 15.

Grimma Markt 14, I Grimma
Max Handschuh.
Fortwährender Eingang von neuen und getragenen Kleidungs-
stücken und Schuhwerk aller Art. — Neue und getrag. Milli-
tärmäntel, Zoppen. — Sämtliche geir. Sachen sind nur in bestem
Zustand und der jetzigen Zeit entsprechend billig. So daß auch
die ärmste Familie sich noch etwas zulegen kann. Fahrgeiß
wird vergütet und wenn der Einkauf noch so gering ist.
Alles enorm billig, deshalb nur gegen bar.

Zu verkaufen: Jung. Bursche
1 Zigarrenpresse
mit 27 Formen
darunter fast neue.
Großkündergerstraße 17.
1 tragende Ziege
zu verkaufen
Breitestraße 12.

Sind Sie schon Leser des Buchromans.

Am 6. d. M. nachmittags verschied plötzlich und unerwartet unsere
herzensgute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin
und Tante
Frau verw. Gymnasial-Oberlehrer
Dr. phil. Marie Leisker geb. Fissmer
in ihrem 64. Lebensjahre. In tiefer Trauer
NAUNHOF, Leipziger Str. 37
BERLIN.
Hans Leisker u. Frau
Martha Leisker
Hildegard Streller geb. Leisker
Artur Streller
Heinrich Fißmer u. Familie
6 Enkelkinder.
Trauerfeier mit anschließender Einäscherung Donnerstag mittag 1 Uhr auf dem
Südfriedhof in Leipzig.
Blumenspenden und Beileidsbesuche dankend abgelehnt.

M

(Abrechts)
Dieses B
Erst
für de
durch
Geme
keiner

Nummer

Nach Beron
mittelamtes —
und Landwirtsch
ruga 15 Pfun
preise zur Ber
Juchers erhalt
und Winterst
Stande der B
in Rtrae zur
6 Pfund Früh
fleishe neue
werden.
Die Zuckerb
auch in diesem
Nierenwirkst
werden, und
verne, sondern
rühren. Sie
Empfahnahme
Nierenstärker
Doppelbel
werden mit doll

Das Wirk
Februar eine
Die dabur
Industriege
Grimma,
Der B

Ausdruck
Nach der
dieses Monats
retirende
lher von Strei
die Erste 1920
28. Februar 192
heerübelen
lieferung bis zum
heilen 1887. Ab
zum 15. März
Gemeinden ober
hinous hat sich
schlagna der
Velle, Grimma,
Meluche um
Feldung der
Wer den
halb der
8 80 Mr. 12
Mangis bis zu
oder mit einer

Berte
In der
2. Brotk
250 gr
Grimma,
Der W
Bezirksver

Sonnab
1-4 Uhr
1 Genier
der rechten
abgegeben.
Raunhof, am

Die Ausg
Sonnabend,
gefäßstücken,
8 Uhr vormitt
Es wird er
festgelehnt
Raunhof, am

Sparkasse
Täglich
Uebertragung
No. 10783

Alci
• Die Reich
unter bestim
• Eine amtl
Verliner Mi
Reichsregier
tonne.
• Der am 20.
wird am 10.